

Kapazitätsverordnung – ein ungeliebtes Kind neu gedacht (oder: Wie man die Aufteilung der Studierenden auf Universitäten und Fachhochschulen neu ordnen könnte)¹

Prof. Oliver Günther, Ph.D.
Präsident der Universität Potsdam
praesident@uni-potsdam.de

13. September 2018

Der Anteil einer Alterskohorte, die ein Hochschulstudium beginnen, steigt stetig an. Inzwischen entscheidet sich über die Hälfte der jungen Menschen für diesen Weg. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Aufteilung der Studienplätze auf Universitäten einerseits und Fachhochschulen und duale Hochschulen andererseits – derzeit etwa 2/3:1/3 – noch den gesellschaftlichen Anforderungen entspricht. Eine Umschichtung wirft allerdings viele Fragen auf, die auch komplexe Aspekte der Hochschulfinanzierung, der Studienqualität und der Kapazitätsplanung berühren. Dieser Artikel stellt diese Zusammenhänge dar und macht einen konkreten Vorschlag für eine Umschichtungsplanung, die für alle betroffenen Parteien Vorteile in sich birgt.

Die Kapazitätsverordnung (KapVO) regelt, wieviel Lehrkapazität für die Ausbildung eines Studierenden erforderlich ist. Sie hat sich nie besonderer Beliebtheit erfreut. Als ein in dieser Form international wohl einmaliges Konstrukt versucht sie, landes- bzw. bundesweit einheitlich zu regeln, wie viele Lehrstunden in die Ausbildung eines Mediziners (viele!), Juristen (eher weniger) oder Historikers (ganz wenige) zu investieren sind.

Schon die normative Idee, die diesen Beispielen zugrunde liegt, ist nicht immer nachzuvollziehen. Zudem ist die KapVO schwer zu verstehen, nur wenige Spezialisten durchschauen sie im Detail. Unterschiede zwischen Hochschulen ebnet sie ein, abgesehen von dem Bekenntnis zu einem zweistufigen Studiensystem, das Fachhochschulen dezidiert von Universitäten abgrenzt. Aber dazu später mehr. Im Ergebnis fordern viele die ersatzlose Abschaffung der Kapazitätsverordnung.

Ihren Kern bildet das Konzept des Curricularnormwerts (CNW) – laut Wikipedia „eine Festlegung, wie viele Deputatsstunden für die Ausbildung eines Studenten in einem bestimmten Studiengang an Hochschulen erforderlich sind“. Höhere CNWs indizieren einen Bedarf an mehr Personal, das in dem entsprechenden Studiengang pro Studierendem vorzusehen ist. Die CNWs waren ursprünglich festgelegt in den Kapazitätsverordnungen der Bundesländer, inzwischen sind sie in den unwesentlich flexibleren Curricularwerten (CWs) aufgegangen. Der Öffentlichkeit sind die jeweils angewandten CNWs bzw. CWs nur beschränkt zugänglich.

KapVOs und CWs sind ein gefragtes Konstrukt, wenn es um das so genannte „Einklagen“ von Studienplätzen geht. Richter berechnen hier aufgrund der Personaltableaus der Hochschulen das insgesamt verfügbare Lehrdeputat einer Fakultät oder eines Instituts. Einschlägige Prozessakten beeindrucken durch den Detaillierungsgrad, mit dem hier gerechnet wird. Dieser Wert geteilt durch den CW eines Studiengangs ergibt die theoretisch verfügbare Kapazität. Ist diese nicht durch die immatrikulierten Studierenden ausgeschöpft, wird der Klage stattgegeben und der Klagesteller ist zuzulassen.

So weit so gut. Oder vielleicht nicht so gut. Denn seit Einführung der KapVO hat sich in der bundesdeutschen Hochschullandschaft doch einiges verändert. Als die KapVO in der alten Bundesrepublik das Licht der Welt erblickte, gingen dort gerade einmal rund 15% eines Altersjahrgangs auf eine Hochschule. In der DDR waren es damals knapp über 10%. Fachhochschulen waren in der Bundesrepublik gerade eingeführt worden, als praxisorientierte Alternative zu den

¹ Erscheint in leicht gekürzter Form in der Deutschen Universitätszeitung (DUZ), Oktober 2018

scheinbar theorielastigen Universitäten. Eine Kernidee war, Bildungsaufsteigern und jungen Menschen mit Berufserfahrung über ein praxisorientiertes, betreuungsintensives Studium den Weg in die Führungsetagen zu ebnet. Die hohe Betreuungsintensität hat sich auch von vornherein in den vergleichsweise hohen CWs der Fachhochschulen niedergeschlagen – einem Alleinstellungsmerkmal der FHs, das auch heute noch von hoher Relevanz ist, da es wesentlich zur Attraktivität des FH-Studiums beiträgt.

Trotz aller anfänglichen Skepsis gegenüber dem „Dipl.-Ing. (FH)“ oder auch dem „Dipl.-Kfm. (FH)“ hat sich das Modell Fachhochschule als Erfolgsmodell erwiesen. Heute besuchen rund ein Drittel aller Studierenden in Deutschland eine Fachhochschule oder absolvieren ein noch stärker praxisorientiertes duales Studium. Auch als Sprungbrett für junge Menschen aus sogenannten bildungsfernen Schichten haben sich Fachhochschulen und duale Hochschulen enorme Meriten erworben. Das diskriminierende Kürzel „(FH)“ in den verliehenen Titeln ist verschwunden, viele Fachhochschulen sind zu „Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW)“ mutiert. Die Absolventen haben sehr gute Chancen am Arbeitsmarkt, sie verdienen nicht selten mehr als ihre Kommilitoninnen von der Universität.

Statt den erwähnten 10 bis 15% eines Altersjahrgangs beginnt derzeit mehr als die Hälfte ein Hochschulstudium. Nur ein Bruchteil dieser jungen Menschen ist an einer wissenschaftlichen Laufbahn interessiert. Wenn 60% eines Jahrgangs studieren, muss ein akademisches Studium mehr als bisher auf den Beruf vorbereiten. Genau das leisten unsere Fachhochschulen. Aber warum studiert trotzdem nur gut ein Drittel an einer Fachhochschule? Wäre es andersherum nicht besser für alle Beteiligten? Sollte die Fachhochschule nicht zur „Regelhochschule“ mutieren? Eine Forderung, die sich auch viele FH-Kollegen zu eigen machen (siehe z.B. Anlage 4, „Neue Hochschullandschaft“, Handelsblatt vom 22.05.2018).

Drei Gründe lassen sich ausmachen. Erstens bieten die Fachhochschulen nicht alle Fächer an. So lassen sich zum Beispiel Jura oder Medizin nur an einer Universität studieren, auch das Lehramtsstudium ist traditionell eine Domäne der Universitäten. Zweitens gilt das Studium an einer Fachhochschule vielerorts noch als Studium zweiter Klasse; dies gilt insbesondere für die Eltern- und Großelterngeneration des Bildungsbürgertums, die dem Nachwuchs dann „sicherheitshalber“ doch zum universitären Studium raten. Und drittens haben die Universitätsleitungen gemischte Gefühle hinsichtlich einer Umschichtung: Einerseits hätten viele nichts gegen geringere Jahrgangsstärken, weil sich so schnell Verbesserungen in der Studienqualität erzielen ließen. Andererseits hat man Sorge, dass derartige Verschiebungen Haushaltskürzungen zur Folge haben könnten. Dies wäre insbesondere bei den forschungsstarken Universitäten auch volkswirtschaftlich problematisch, da diese im internationalen Vergleich ohnehin schon strukturell unterfinanziert sind.

Die politische Herausforderung besteht also darin, das Image der Fachhochschulen weiter zu verbessern und vielleicht auch über neue Berufsbilder in den traditionell universitär verankerten Studienfächern nachzudenken. So engagieren sich viele Fachhochschulen bereits im Bereich der Gesundheitsberufe oder in der Rechtspflege. Darüber hinaus müssen die angestrebten Verschiebungen der Kapazitäten aber auch finanziell unterlegt werden. Hier schlägt nun, siehe oben, wieder die Stunde der ungeliebten KapVO. Denn der gordische Knoten könnte durch folgenden Viersprung elegant zerschlagen werden:

- (1) Eine signifikante Erhöhung der CWs der Universitäten (möglicherweise abhängig von deren Forschungsleistung);
- (2) Konstanz (oder zwecks Profilwahrung leichte Erhöhung) der CWs für die Fachhochschulen;
- (3) eine privilegierte Behandlung der Fachhochschulen bei der Verteilung zusätzlicher Finanzmittel – ohne dass dies zu Absenkungen bei den Haushalten der Universitäten führt;

- (4) die Einführung von Fachhochschulstudiengängen auch in traditionell universitätsdominierten Studiengängen wie der Jura und der Medizin.

Mit Maßnahme (1) würde die Anzahl der Studienplätze an den Universitäten tendenziell sinken und die Studienqualität entsprechend ansteigen. Die Maßnahmen (2) und (3) würden zu mehr Studienplätzen an den Fachhochschulen führen, ohne an der Studienqualität Abstriche zu machen. Maßnahme (3) würde bewirken, dass letztlich alle – jedenfalls alle, die eine angemessene Leistung erbringen – gewinnen. Denn Zuwächse würden den Universitäten ebenso wie den Fachhochschulen zuteil, und der Steuerzahler bekäme letztlich mehr „bang for the buck“, mehr von dem, was das Land wirklich braucht. Alle Maßnahmen zusammen bewirken, dass sich das derzeitige Verhältnis von Studienplätzen bundesweit von etwa 1/3 FHs zu 2/3 Unis schrittweise zugunsten der Fachhochschulen erhöht.

Die folgenden Berechnungen zeigen am Beispiel Brandenburgs sowie am Beispiel des Bundes, dass sich dieser Effekt vergleichsweise zügig erzielen ließe. In allen Szenarien erhalten die Hochschulen ab 2018/19 pro Jahr insgesamt etwa 3,5% mehr Geld. In Brandenburg beträgt aufgrund der Hochschulfusion in Cottbus-Senftenberg der Anteil der FH-Studierenden 2017/18 nur etwa 28%, wohl ein bundesweiter Negativrekord. Bundesweit waren es gut 35%. Die Details der Szenarien finden sich in den Anlagen 1, 2 und 3.

In Szenario I (Abb. 1 sowie Anlagen 1Bbg und 1Bund) werden die zusätzlichen Mittel nach dem bisherigen Schlüssel verteilt, d.h. sowohl Universitäten als auch Fachhochschulen erhalten pro Jahr 3,5% zusätzliche Finanzierung. Parallel hierzu würden die CWs der Universitäten pro Jahr um 3% erhöht, die CWs der FHs pro Jahr nur um 0,5%. In Brandenburg würde ein solches Szenario nach 10 Jahren dazu führen, dass der Kapazitätsanteil der Fachhochschulen von derzeit etwa 28% auf gut 33% aller Studienplätze landesweit gesteigert werden könnte. Bundesweit ließe sich innerhalb von 10 Jahren ein Zuwachs von 35% auf knapp 42% erzielen.

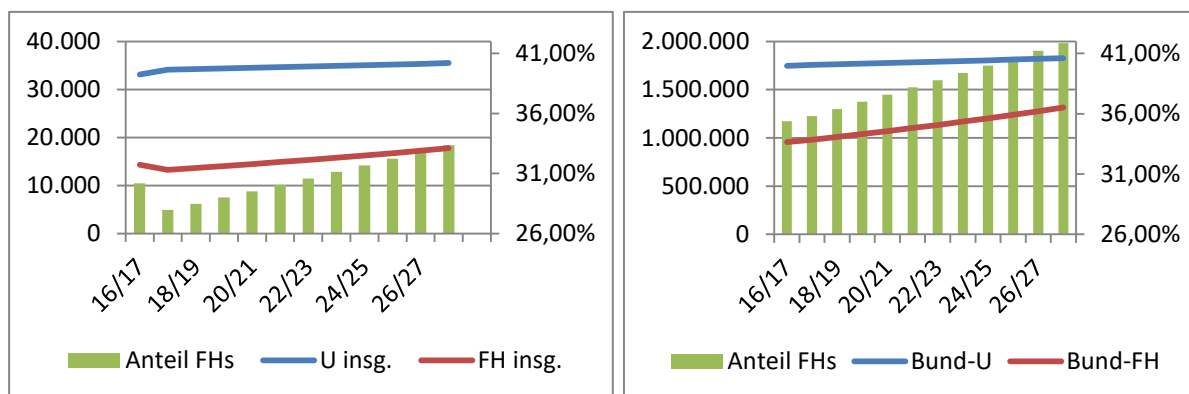


Abb. 1: Entwicklung Studienplatzkapazitäten für Brandenburg (links) und Bund (rechts).
Anstieg CWs Universitäten: 3%, Anstieg CWs FHs: 0,5%. Anstieg Haushalt Unis und FHs: 3,5%.

Wesentlich schneller ließe sich dieser Verschiebungseffekt erreichen, wenn neben den CWs auch die Verteilung der Finanzmittel auf Universitäten vs. Fachhochschulen zugunsten der Fachhochschulen dynamisiert würde. Szenario II (Anlage 2Bbg bzw. 2Bund) verdeutlicht diese Entwicklung. Ein Aufwuchs des Hochschulhaushalts i.H.v. insgesamt etwa 3,5% könnte z.B. bedeuten, dass die Zuwendungen an die Universitäten pro Jahr im Durchschnitt um 3% steigen, die an die FHs um 5%. Unter den gleichen Annahmen bzgl. CWs wie in Szenario I hätte man in Brandenburg den Anstieg von 28% auf 33% FH-Studienplätze bereits nach 6 Jahren erzielt. Nach 10 Jahren wären fast 38% der Studienplätze an den FHs. Bundesweit ließe sich der Kapazitätsanteil der Fachhochschulen in 10 Jahren von 35% auf 46,5% steigern.

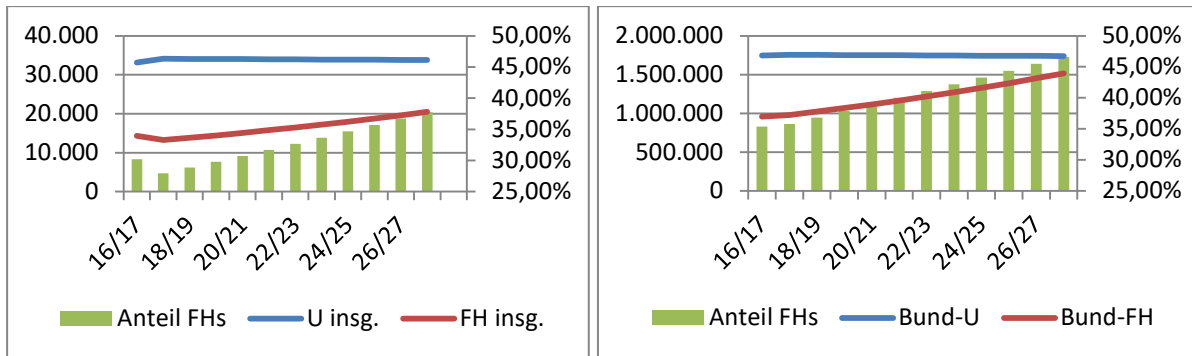


Abb. 2: Entwicklung Studienplatzkapazitäten für Brandenburg (links) und Bund (rechts). Anstieg CWs Univ.: 3%, Anstieg CWs FHs: 0,5%. Anstieg Haushalt Univ: 3%, Anstieg Haushalt FHs: 5%.

Eine noch weiter gehende Variante wird in Szenario III (Anlage 3Bbg bzw. 3Bund) ausgeführt. Auch hier werden die finanziellen Aufwüchse i.H.v. 3,5% so aufgeteilt, dass die Universitäten pro Jahr 3% mehr erhalten, die FHs 5% mehr. Die CWs der Universitäten würden um 5% pro Jahr erhöht werden, die der FHs um 0,5%. In Brandenburg würde ein solches Szenario nach 10 Jahren dazu führen, dass die Kapazitäten der Fachhochschulen bei fast 43% (derzeit 28%) des Gesamtangebots lägen. Bundesweit wäre ein Aufwuchs von 35% auf knapp 52% denkbar.

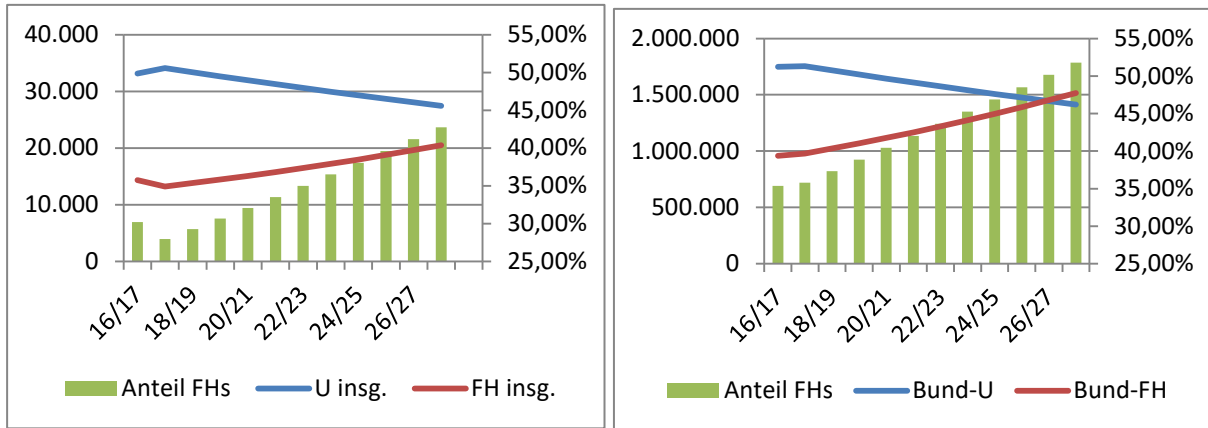


Abb. 3: Entwicklung Studienplatzkapazitäten für Brandenburg (links) und Bund (rechts). Anstieg CWs Univ.: 5%, Anstieg CWs FHs: 0,5%. Anstieg Haushalt Univ: 3%, Anstieg Haushalt FHs: 5%.

Offen ist in allen Fällen, ob die Nachfrage nach FH-Studienplätzen einer solchen Verschiebung von Kapazitäten folgen würde. Ggf. müsste die Kapazitätsverschiebung durch geeignete Marketingmaßnahmen unterlegt werden, um die Attraktivität des FH-Studiums klar zu kommunizieren.

Auch unsere teilweise überraschenden Rechenergebnisse lassen die eigentliche Schlussfolgerung nicht obsolet erscheinen: Die Curricular(norm)werte sind kein sachgerechtes Konstrukt für Hochschulbildung im 21. Jahrhundert. Eigentlich gehört die Kapazitätsverordnung abgeschafft.

Aber wenn die Politik schon davon absieht, den großen Schritt zu gehen, sollte das Konstrukt wenigstens an die derzeitigen Verhältnisse angepasst und für die vereinbarten politischen Ziele genutzt werden. Dabei sollte auch darüber nachgedacht werden, ob das Zwei-Klassen-System Universität vs. Fachhochschule überhaupt noch den aktuellen Verhältnissen entspricht. Vielleicht wäre vielmehr eine Lösung entlang eines Spektrums sachgerecht. Dies würde freilich mehr Flexibilität bedingen, was die Aushandlung von CWs und Lehrdeputaten zwischen Landesregierung und Hochschule angeht. Dabei wären auch Sondertatbestände wie etwa die Lehramtsausbildung zu berücksichtigen. Vor einer derart vergleichsweise radikalen Systemänderung scheuen die Landesministerien noch zurück.

Anlage 2Bbg												
Annahmen												
	Steigerung CW U pro Jahr			3,0%								
	Steigerung CW FH pro Jahr			0,5%								
	Aufwuchs Haushalt U pro Jahr			3,0%								
	Aufwuchs Haushalt FH pro Jahr			5,0%								
Studierendenzahlen auf Basis 2017/18 lt. MWFK, anschließend Veränderung der Kapazitäten gemäß Modell												
Kapazitäten	16/17	17/18	18/19	19/20	20/21	21/22	22/23	23/24	24/25	25/26	26/27	27/28
UP	20.437	20.507	20.489	20.470	20.452	20.433	20.415	20.397	20.378	20.360	20.341	20.323
BTU-U	5.307	6.211	6.205	6.200	6.194	6.189	6.183	6.178	6.172	6.166	6.161	6.155
EUV	6.709	6.657	6.651	6.645	6.639	6.633	6.627	6.621	6.615	6.609	6.603	6.597
HFF	675	729	728	728	727	726	726	725	724	724	723	722
U insg.	33.128	34.104	34.073	34.043	34.012	33.981	33.951	33.920	33.890	33.859	33.829	33.798
BTU-FH	2.475	1.383	1.445	1.510	1.577	1.648	1.721	1.798	1.879	1.963	2.051	2.143
THB	2.606	2.639	2.757	2.880	3.009	3.144	3.285	3.432	3.585	3.746	3.913	4.088
HNEE	2.083	2.154	2.250	2.351	2.456	2.566	2.681	2.801	2.926	3.057	3.194	3.337
FHP	3.376	3.463	3.618	3.780	3.949	4.126	4.310	4.503	4.705	4.915	5.135	5.365
THW	3.786	3.594	3.755	3.923	4.098	4.282	4.473	4.674	4.883	5.101	5.330	5.568
FH insg.	14.326	13.233	13.825	14.444	15.090	15.766	16.471	17.208	17.978	18.783	19.623	20.501
Insgesamt	47.454	47.337	47.898	48.486	49.102	49.747	50.422	51.128	51.868	52.642	53.452	54.300
Anteil FHs	30,19%	27,95%	28,86%	29,79%	30,73%	31,69%	32,67%	33,66%	34,66%	35,68%	36,71%	37,76%
U:FH	2,31	2,58	2,46	2,36	2,25	2,16	2,06	1,97	1,89	1,80	1,72	1,65
Haushalt												
Us		74,50%	76,74%	79,04%	81,41%	83,85%	86,37%	88,96%	91,63%	94,37%	97,21%	100,12%
FHs		25,50%	26,78%	28,11%	29,52%	31,00%	32,55%	34,17%	35,88%	37,68%	39,56%	41,54%
Insgesamt		100,00%	103,51%	107,15%	110,93%	114,85%	118,91%	123,13%	127,51%	132,05%	136,76%	141,66%
Aufwuchs pro Jahr			3,51%	3,52%	3,52%	3,53%	3,54%	3,55%	3,56%	3,56%	3,57%	3,58%

Anlage 2Bund												
Annahmen												
	Steigerung CW U pro Jahr			3,0%								
	Steigerung CW FH pro Jahr			0,5%								
	Aufwuchs Haushalt U pro Jahr			3,0%								
	Aufwuchs Haushalt FH pro Jahr			5,0%								
Kapazitäten												
	16/17	17/18	18/19	19/20	20/21	21/22	22/23	23/24	24/25	25/26	26/27	27/28
Bund-U	1.747.515	1.754.802	1.753.223	1.751.645	1.750.068	1.748.493	1.746.920	1.745.347	1.743.777	1.742.207	1.740.639	1.739.073
Bund-FH	956.717	978.826	1.022.628	1.068.391	1.116.202	1.166.152	1.218.337	1.272.857	1.329.818	1.389.327	1.451.500	1.516.454
Insgesamt	2.704.232	2.733.628	2.775.851	2.820.036	2.866.270	2.914.645	2.965.256	3.018.205	3.073.594	3.131.534	3.192.139	3.255.527
Anteil FHs	35,38%	35,81%	36,84%	37,89%	38,94%	40,01%	41,09%	42,17%	43,27%	44,37%	45,47%	46,58%
U:FH	1,83	1,79	1,71	1,64	1,57	1,50	1,43	1,37	1,31	1,25	1,20	1,15
Haushalt												
Us		76,50%	78,80%	81,16%	83,59%	86,10%	88,68%	91,35%	94,09%	96,91%	99,82%	102,81%
FHs		23,50%	24,68%	25,91%	27,20%	28,56%	29,99%	31,49%	33,07%	34,72%	36,46%	38,28%
Insgesamt		100,00%	103,47%	107,07%	110,80%	114,67%	118,68%	122,84%	127,15%	131,63%	136,27%	141,09%
Aufwuchs pro Jahr			3,47%	3,48%	3,48%	3,49%	3,50%	3,51%	3,51%	3,52%	3,53%	3,54%

Anlage 3Bbg												
Annahmen												
	Steigerung CW U pro Jahr			5,0%								
	Steigerung CW FH pro Jahr			0,5%								
	Aufwuchs Haushalt U pro Jahr			3,0%								
	Aufwuchs Haushalt FH pro Jahr			5,0%								
Studierendenzahlen auf Basis 2017/18 lt. MWFK, anschließend Veränderung der Kapazitäten gemäß Modell												
Kapazitäten	16/17	17/18	18/19	19/20	20/21	21/22	22/23	23/24	24/25	25/26	26/27	27/28
UP	20.437	20.507	20.066	19.635	19.213	18.799	18.395	18.000	17.613	17.234	16.864	16.501
BTU-U	5.307	6.211	6.077	5.947	5.819	5.694	5.571	5.452	5.334	5.220	5.108	4.998
EUV	6.709	6.657	6.514	6.374	6.237	6.103	5.971	5.843	5.717	5.595	5.474	5.357
HFF	675	729	713	698	683	668	654	640	626	613	599	587
U insg.	33.128	34.104	33.371	32.653	31.951	31.264	30.592	29.934	29.291	28.661	28.045	27.442
BTU-FH	2.475	1.383	1.445	1.510	1.577	1.648	1.721	1.798	1.879	1.963	2.051	2.143
THB	2.606	2.639	2.757	2.880	3.009	3.144	3.285	3.432	3.585	3.746	3.913	4.088
HNEE	2.083	2.154	2.250	2.351	2.456	2.566	2.681	2.801	2.926	3.057	3.194	3.337
FHP	3.376	3.463	3.618	3.780	3.949	4.126	4.310	4.503	4.705	4.915	5.135	5.365
THW	3.786	3.594	3.755	3.923	4.098	4.282	4.473	4.674	4.883	5.101	5.330	5.568
FH insg.	14.326	13.233	13.825	14.444	15.090	15.766	16.471	17.208	17.978	18.783	19.623	20.501
Insgesamt	47.454	47.337	47.196	47.097	47.041	47.030	47.063	47.142	47.269	47.444	47.668	47.943
Anteil FHs	30,19%	27,95%	29,29%	30,67%	32,08%	33,52%	35,00%	36,50%	38,03%	39,59%	41,17%	42,76%
U:FH	2,31	2,58	2,41	2,26	2,12	1,98	1,86	1,74	1,63	1,53	1,43	1,34
Haushalt												
Us		74,50%	76,74%	79,04%	81,41%	83,85%	86,37%	88,96%	91,63%	94,37%	97,21%	100,12%
FHs		25,50%	26,78%	28,11%	29,52%	31,00%	32,55%	34,17%	35,88%	37,68%	39,56%	41,54%
Insgesamt		100,00%	103,51%	107,15%	110,93%	114,85%	118,91%	123,13%	127,51%	132,05%	136,76%	141,66%
Aufwuchs pro Jahr			3,51%	3,52%	3,52%	3,53%	3,54%	3,55%	3,56%	3,56%	3,57%	3,58%

Anlage 3Bund												
Annahmen												
	Steigerung CW U pro Jahr			5,0%								
	Steigerung CW FH pro Jahr			0,5%								
	Aufwuchs Haushalt U pro Jahr			3,0%								
	Aufwuchs Haushalt FH pro Jahr			5,0%								
Kapazitäten												
	16/17	17/18	18/19	19/20	20/21	21/22	22/23	23/24	24/25	25/26	26/27	27/28
Bund-U	1.747.515	1.754.802	1.717.074	1.680.157	1.644.033	1.608.687	1.574.100	1.540.257	1.507.141	1.474.738	1.443.031	1.412.006
Bund-FH	956.717	978.826	1.022.628	1.068.391	1.116.202	1.166.152	1.218.337	1.272.857	1.329.818	1.389.327	1.451.500	1.516.454
Insgesamt	2.704.232	2.733.628	2.739.702	2.748.548	2.760.235	2.774.838	2.792.437	2.813.114	2.836.959	2.864.065	2.894.530	2.928.460
Anteil FHs	35,38%	35,81%	37,33%	38,87%	40,44%	42,03%	43,63%	45,25%	46,87%	48,51%	50,15%	51,78%
U:FH	1,83	1,79	1,68	1,57	1,47	1,38	1,29	1,21	1,13	1,06	0,99	0,93
Haushalt												
Us		76,50%	78,80%	81,16%	83,59%	86,10%	88,68%	91,35%	94,09%	96,91%	99,82%	102,81%
FHs		23,50%	24,68%	25,91%	27,20%	28,56%	29,99%	31,49%	33,07%	34,72%	36,46%	38,28%
Insgesamt		100,00%	103,47%	107,07%	110,80%	114,67%	118,68%	122,84%	127,15%	131,63%	136,27%	141,09%
Aufwuchs pro Jahr			3,47%	3,48%	3,48%	3,49%	3,50%	3,51%	3,51%	3,52%	3,53%	3,54%

Gastkommentar

Neue Hochschullandschaft



Hans-Mannig von Grünberg und Oliver Günther plädieren für eine besseren Aufteilung der Studientätigkeiten auf Universitäten und Fachhochschulen.

Macht die Fachhochschule – passender: Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) – zur Regelhochschule? Nicht wie heute zwei Drittel aller Studierenden an Universitäten und ein Drittel an HAWs, sondern genau umgekehrt. Diese Forderung ist nicht neu, lebt aber gerade wieder auf. Wenn 60 Prozent eines Jahrgangs studieren, muss ein akademisches Studium mehr als bisher auf den Beruf vorbereiten, was der eigentliche Bildungsauftrag der HAW ist. Oberstes ist dieser Hochschultyp stets Partner der Fachkräfte suchenden lokalen Wirtschaft und – weil engmaschig über das Bundesgebiet verteilt – ein Schutz gegen Abwanderung aus strukturschwachen Regionen.

Warum stellt sich die oben geforderte und offensichtlich vernünftige Aufteilung auf die beiden Hochschultypen nicht von selbst ein? Erstens bieten die HAWs nicht alle Fächer an. Jura oder Medizin lassen sich nur an einer Universität studieren. Zweitens wird oft die Gleichrangigkeit eines HAW-Studiums angezweifelt. Drittens hätten die Universitätsleitungen zwar nichts gegen geringere Jahrgangsstärken, um ihre Studienqualität zu

verbessern, sie sagen sich aber, dass Tauschakkordumgen folgen könnten. Dies wäre bei den forschungsstarken Universitäten problematisch, da diese im internationalen Vergleich ohnehin unterfinanziert sind.

Hebel für eine Änderung der Aufteilung könnten die Kapazitätsverordnung und die damit verbundenen sogenannten Curricularwerte sein. Diese regeln, wie viele Lehrstunden in die Ausbildung eines Mediziners (viele), Juristen (eher wenige) oder Historikers (ganz wenige) zu investieren sind. HAWs haben aus historischen Gründen höhere Curricularwerte als Universitäten – weil angenommen wurde, dass der HAW-Studierende mehr Betreuung braucht. Dies ist nicht mehr gerechtfertigt.

Eine Lösung des Problems könnte folgendermaßen aussehen. Erstens: eine systematische Reduktion der Curricularwerte für die Universitäten pro Jahr um fünf Prozent, für die HAWs um ein Prozent. Zweitens: im Gegenzug eine privilegierte Behandlung der HAWs bei der Verteilung zusätzlicher Finanzmittel, etwa beim Hochschulpakt. Daraus ergäbe sich eine Verlagerung von Studienplätzen an HAWs, ohne dass dies zu Absenkungen bei den Hauskästen der Unis führt. Drittens: existierende akademische Berufsfelder sollten vor allem mit Studiengängen an einer HAW hinterlegt werden. Viertens: die Einführung von HAW-Studiengängen in traditionell universitätsdominierten Studiengängen wie etwa Jura.

Nach Berechnungen anhand dieses Modells könnten sich die Kapazitäten von Universitäten und HAWs nach acht Jahren ungefähr angleichen. Für unsere Gesellschaft wäre es ein Gewinn.

Hans-Mannig von Grünberg ist Präsident der Hochschule Niederrhein. Oliver Günther ist Präsident der Universität Potsdam. So erreichen die Autoren unter: gastautor@handelsblatt.com